

Witten

Bällchen-Paradies statt KiBiz

INNENSTADT - "Das Gesetz ist ein Rückschritt" , eröffnete Ewald Groth am Montagabend die KiBiz-Diskussion im Comenius-Schulzentrum.

Neben dem Landtagsabgeordneten der Grünen waren weitere Vertreter der Politik, der Erzieher, der Gewerkschaft verdi sowie Elternschaft der Einladung des Schulleiters Michael Haase gefolgt. "Ich finde es schade, dass die Vertreter von CDU und FDP verhindert sind", kommentierte der Schulleiter das Fehlen der Gesetzes-Initiatoren. Er wertete ihre Abwesenheit als "ein Zeichen".

Frühkindliche Bildung

Neben der flexiblen Betreuungszeit und der frühkindlichen Bildung ging es auch um die Arbeitsplatzsicherheit der Erzieher. "Das KiBiz ist ein reines Spargesetz. Da kann ich doch gleich mein Kind im Bällchen-Paradies bei McDonald's abgeben", rief Victoria Stein. Die Leiterin der AWO-Kindertagesstätte in Heven kann nicht verstehen, wie ein neuer Arbeitsplan für ihre Erzieherinnen aussehen soll, wenn Eltern die Stunden in der Tagesstätte zukünftig immer wieder neu buchen sollen. Mit Erschrecken blickte Katharina Schwabedissen von den Linken in die Zukunft: "Es wird alles darauf hinaus laufen, dass wohlhabendere Eltern ihre Kinder in eine private Einrichtung bringen."

Ausgrenzung

Auf der anderen Seite stünden dann die Hartz IV-Familien - "welche Betreuungszeit können sie sich denn überhaupt leisten?", fragte Birgit Crone vom Trägerverbund Ev. Tageseinrichtung HaWi in die Runde. Für Hartz IV-Kindern sollen nur 25 Stunden in der Woche bewilligt werden - ein Ausgrenzen der Kinder, brachte es Michael Haase auf den Punkt.

"Ich liebe meinen Job von ganzem Herzen, aber ich weiß nicht, ob ich nochmal die Ausbildung machen würde, wenn ich für das Anerkennungsjahr kein Geld bekäme," stellte eine Auszubildende aus dem Publikum abschließend fest und sprach damit wohl auch den älteren Erzieherinnen aus der Seele.

Während Witten noch diskutierte, billigte die CDU-Fraktion am Montag auf der Klausurtagung, im Wesentlichen einen Kompromiss auf der Grundlage eines Vorschlages der Kindergartenträger: Die Kindpauschale bleibe, Kosten sollen aber am Jahresende abgerechnet werden. Morgen soll der Entwurf im Ausschuss und nächste Woche im Plenum verabschiedet werden.

Für die Betroffenen bleiben noch immer viele Fragen offen. Michael Haase: "Ihr dürft nicht aufhören, euch zu wehren". - jure

16. Oktober 2007